

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Polzeitsungshilfe Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 26 000 Exemplaren.

Inhalt.

Streikbruch und Arbeiterrechte. — Unsere Grenzstreitigkeiten. — Wortiger Brief. — Aus unserer Bewegung. — Briefkasten. — Inserate.

Streikbruch und Arbeiterrechte.

Der Streikbruch wird in den streifen organisierter Arbeiter als eine ehrverletzende Handlung angesehen. In der Betätigung der Solidarität kommt bei den organisierten Arbeitern genau so viel Ehrgefühl zum Ausdruck, wie es bei der Betätigung des Corpsgeistes geübt wird. Die Studenten, Beamten, Ingenieure, kurz in allen anderen Gesellschaftskreisen. Doch Arbeiter auch ihren Ehrenstandpunkt haben, das scheint dem Rat zu Leipzig sowohl als auch der Bürger haben die Achtung des Stadtvorordnetenkollegiums nicht zum Besten gekommen zu sein, sonst wäre es eine bare Unmöglichkeit, städtische Arbeiterkolonnen zur ehrsüchtigen Handlung des Streikbruchs zu kommandieren und sie im Polizeigewalt zu entlassen. In der Stadtvorordnetenversammlung zu Leipzig am 25. April 1906 kam folgende

Interpellation der sozialdemokratischen Stadtvorordneten zur Verhandlung:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat um Auskunft darüber zu ersuchen, wie der Rat seine, gelegentlich des Streiks in der Düngevervoer Aktiengesellschaft einseitig im Interesse der Gesellschaft und zum Nachteil der Arbeiter ergriffenen Maßnahmen, die dahin gingen, daß der Rat die Klage streikender Arbeiter mit Arbeitern aus städtischen Betrieben besetzte, und die sich weigernden Arbeiter ohne weiteres entlassen hat, zu rechtfertigen gedenkt.

Stadtv. Vöttich führte zur Begründung aus: Am 8. April haben die Arbeiter der Düngevervoer Aktiengesellschaft die Arbeit eingestellt. Das ist deshalb erhabenwert, weil die Stellung, die der Rat eingenommen hat, hier erörtert werden muß. Am gleichen Tage, einem Sonnabend, hat der Rat eine Anzahl städtische Arbeiter aufgefordert, sich am Montag früh bei der Gesellschaft zur Arbeit zu melden. Die Arbeiter wußten gar nicht, um was es sich handelte. Als sie am Montag früh erfahren hatten, daß sie dazu bestimmt waren, anderen Arbeitern in den Müden zu fallen, verweigerten sie die Arbeit. Der Rat wußte nun nichts anderes zu tun als die Arbeiter zu entlassen und am nächsten Tage das Ereignis zu wiederholen. Die Leute wurden vom Inspektor der Gesellschaft gefragt, ob sie fahren oder die Maschine bedienen könnten. Als sie das verneinten, wurden sie zurückgeschickt, und ebenfalls, bis auf einen Mann, entlassen. Daß diese Maßnahme nur vor dem Überfließen getrieben wurde, ist charakteristisch dafür, wie man in städtischen Betrieben soziale Fürsorge treibt. Die Arbeiter haben sich geweigert, weil sie es nicht mit ihrer Ehre vereinbaren konnten, anderen, um eine Aufbesserung ihrer traurigen Verhältnisse kampfenden Arbeitern in den Müden zu fallen. Wer die Verhältnisse bei der Gesellschaft kennt, wird ohne weiteres angeben müssen, daß sie sehr bedauerlich bedürftig sind. Der Rat hat nun, ohne Beurlaubung ohne das etwas ruhiger war, was ein Eingreifen notwendig gemacht hätte, seine Maßnahmen getroffen und so verhindert, daß die Arbeiter wegen ihrer Verarmungserregung erfolgreich verhandeln könnten. Wir haben alles versucht, die Sache im Guten beizulegen. Es wird

auch vom Ratstische zugestanden werden müssen, daß die Arbeiter alles getan haben, um es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Ich gebe auch zu, daß der Oberbürgermeister bemüht gewesen ist, die Sache beizulegen. Gerade auf Grund einer Zusicherung des Oberbürgermeisters, daß er sich für die Sache verwenden wollte, ist unsere Interpellation vor 14 Tagen unterblieben. Eigentlich wäre sie ja damals, als Sie, wo es sich um die Aufbesserung eines hohen Beamten handelte, mit ganz anderem Eifer ins Zeug gingen, richtiger angebracht gewesen. Wir hatten aber zu großes Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Rates gesetzt. Der Rat selbst ist ja, und nicht am wenigsten durch die Mithilfe des Oberbürgermeisters, beiseite geworfen worden, aber die Entlassenen sind nicht wieder eingestellt. Wir sind in unserem Vertrauen arg getäuscht worden. Der Rat sagt, die Arbeiter konnten nicht wieder eingestellt werden im Interesse der Disziplin. Es sind aber Fälle in der städtischen Verwaltung vorgekommen, wo man, wenn es sich nicht um Arbeiter, sondern um höhere Beamte handelte, ganz anders vorgegangen ist. Es haben Versammlungen stattgefunden, in denen der Rat gebeten wurde, die Maßregel zurückzunehmen. Auch der Arbeiterausschuß hat sich an dem Rat gewendet, hat aber bis heute noch keine Antwort bekommen. Und wie sieht es denn nun mit der Postfrage, mit der der Rat seine Maßnahme begründet? In dem Augenblicke, in dem die Gesellschaft den Vertrag nicht einhalten kann, hat die Stadt für die Arbeiter mehr zu tun, aber nicht in der Weise, daß sie Arbeitswillige liefert und den Aktionären im Interesse ihres Profits zu Hilfe kommt. Wenn wirklich ein Kommando eingetreten wäre, konnte man den Arbeitern sagen: Jetzt habt ihr die Arbeiten für die Stadt auszuführen. Man hätte dann über auch einen Weg gefunden, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Das eine steht fest: Durch solche Maßnahmen haben Sie das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage nicht aus der Welt. Wir können in Zukunft kein Vertrauen zur Verwaltung haben und nichts mehr auf Verhandlungen geben. So fest ich überzeugt bin, daß an der ganzen Sache nichts mehr geändert werden wird, so fest bin ich auch davon überzeugt, daß die Arbeiterkraft jetzt mit aller Molarbeit gegeben hat, daß auf einen Massengegenzug hingearbeitet wird, und daß sie vom Rate nichts mehr zu hoffen hat.

Oberbürgermeister Dr. Fröndlin: Ich will zunächst feststellen, daß der Antrag nicht berechtigt ist. Der Rat hat darüber zu befinden, wenn er Arbeiter entläßt oder ihnen kündigt. Ich antworte aber, um die Ablicht, die der Vortrag des Herrn Vöttich hatte, noch mehr zu heben, als es bisher schon in Ihrer Presse geschehen ist, zu vereiteln. Nach dem Erstatut von 1863 hat der Rat eventuell einzutreten. Wenn wir von der Gesellschaft verlangt hätten, den Forderungen nachzugeben, wäre wieder von der anderen Seite verlangt worden, wir unterbrügten die Streikenden. Wir haben für 200 Zweifende 11 Mann geschickt, und diese wußten, daß es sich um Poststandsarbeiten handelte. Die Arbeiter hätten sich nicht an Herrn Verbold durch den Arbeiterausschuß an ihre Vorgesezten und nicht an die Organisation wenden sollen. Das ganze Unglück haben sie der Organisation zu verdanken. Ich habe vor 11 Tagen nicht gegeben, wie es in der Verhandlung stand, die Interpellation zu unterlassen, sondern habe nur gesagt, daß es mir dann unmöglich sein würde, etwas in der Angelegenheit zu tun. Es hat mir lebhaft leid getan, daß die Leute so behandelt werden mußten. Was für eine Stellung haben die Arbeiter eingenommen? 100 Arbeiter erlaßten sich in einer Resolution solidarisch und sagten sie hätten dasselbe getan. Auf was den Sozialdemokraten. Das sind Leute von Ehre! Wenn die Leute nicht gefordert hätten, sondern wären zu uns gekommen und hätten gesagt, sie hätten das aus Angst vor Ab dem Feindemus getan, dann hätten wir vielleicht anders handeln können. So war uns jede Möglichkeit, anders zu handeln, genommen.

So wieder Dr. Fröndlin: Auf die Reklamation des Oberbürgermeisters, die Rede Vöttichs sei gehalten mit der Absicht zu beugen,

Bemerkte ich: Ich hätte ein Mitglied des Kollegiums, das so über die Rede eines Ratsmitgliedes geurteilt hätte, unbedingt zur Ordnung gerufen.

Stadtv. Lange: Die Stadtverordneten sind nach § 88 der Revidierten Städteordnung sehr wohl berechtigt resp. verpflichtet, auch unangefordert Beschwerden, Wahrnehmungen und Vorschläge zum Besten der Stadtgemeinde an den Rat gelangen zu lassen und von demselben Eröffnung der hierauf gefassten Entscheidung sowie Angabe der Gründe zu erfordern. Nicht an die Gutheit, wohl aber an die Klugheit des Rates appellieren wir. Von den Beamten fordert der Rat nach § 22 Abs. 2 des Regulativs, daß sie sich durch ihr Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens: die ihr Verus erfordert, nicht unwürdig zeigen. Nach § 36 findet dieses Regulativ, soweit nicht anderes bestimmt ist, auch Anwendung auf Zubehörende, Arbeiter des Markfalls und der Straßenreinigung und die sonstigen, nur im Tagelohn beschäftigten Arbeiter. Ein Arbeiter aber, der aus Madavergehoram zum Eigentümer seiner Wohnung wird, verliert eben die Achtung und die Ehre seines Standes. Ob Sie die Arbeiter um einige Groschen mehr oder weniger sparen lassen, ist nicht so schlimm, als ihr Ehrgefühl anzutasten. Es ist falsch zu glauben, daß der Mann im großen Mittel des Schulentümmers weniger Ehrgefühl habe als der im Grad mit Pöndchen dran. Wie sollen es die Arbeiter begreifen, wenn der „Lerlehre Müller“, der selbe aus dem Hinterhalt die Ehre anderer besudelt hat, in gute Stellungen rückt, der Arbeiter aber, der sich einer ehrlosen Handlung weigert, brotlos wird? Wir verkommen durchaus nicht die Verantwortung des Rates in hygienischer Beziehung. Die betreffenden Arbeiter aber müßten annehmen, daß sie im Interesse der Dividenden der Fängerexport-Aktiengesellschaft kommandiert wurden. Das ist eben die Unteroffizierspolitik des Rates, die Respektgehoram verlangt. Wäre denn den Subalternbeamten eine Verte aus der Krone gefallen, wenn sie den Arbeitern kurz gesagt hätten: Um das Ueberlaufen der Gruben zu verhindern, läßt die Stadt eingreifen? Dem Rat scheint die Tragweite seines Vorgehens gar nicht bewußt zu sein. Arbeiterkinder erben nichts als des Vaters reinen Namen. Hier aber hat der Rat das Ehrgefühl der betr. Arbeiter mit Füßen getreten. An die Vorgesetzten, an den Stadtbaurat Franze hätten sich die Arbeiter wenden sollen, statt die Arbeit zu verweigern? Woher sollen sie denn Vertrauen haben? Müßten sie nicht fürchten, daß, wie schon einmal, Reichwerberische dem Staatsanwalt übergeben werden? In die Arbeiterausschüsse sind Leute kommandiert statt gewählt. Nein, es täuschten keine schönen Worte darüber hinweg: Hier hat der Rat einen Fehler begangen.

Stadtv. Lüttich: Ich werde nicht in die Tonart verfallen, die mir gegenüber angewendet worden ist. Die Versammlung soll das Unglück verschuldet haben. Sie hat aber erst getagt, nachdem an demselben Tage zweimal erfolglos verhandelt worden war. Kurz vor der Versammlung wurde bekannt, daß die Arbeiter nicht wieder eingestellt würden. Da kann man sich über das Verhalten der Arbeiter nicht wundern. Der Rat konnte seine Unparteilichkeit wahren, wenn er weder für die Arbeiter, noch für die Gesellschaft eintrat. Das hat er aber nicht getan. Er ist für den Profit der Unternehmer eingetreten.

Oberbürgermeister Dr. Tröndlin erklärt, daß er seinen gegen den Stadtv. Lüttich erhobenen Vorwurf zurücknehme. Bei der Erwähnung des Falles des „Lerlehre Müller“ sei dem Stadtv. Lange ein Irrtum unterlaufen.

Stadtv. Lehmann bestätigte, daß der Oberbürgermeister nicht gebeten habe, den Antrag nicht einzubringen. Das sei aber seines Wissens nach auch in der Volkszeitung nicht gesagt worden.

Hierauf wurde auf Antrag Lüttichs über die Interpellation abgestimmt. Die bürgerlichen Stadtverordneten gaben ihrem Wohlwollen für die Arbeiter dadurch Ausdruck, daß sie gestohlenen dagegen stimmten; dafür stimmten nur die Sozialdemokraten.

Unsere Leipziger Kollegen erhielten auf ihre Eingabe folgendes denkwürdige Dokument:

Stadtwappen
Rat der Stadt Leipzig
Pers.-Regist. No. 1136

Leipzig, am 20. April 1906.

An
Herrn Arbeiter Friedrich John
Leipzig-Thonberg

Auf das von Ihnen gemeinsam mit 22 anderen entlassenen Arbeitern der städtischen Schmelzreinigung eingereichte Gesuch vom 17. d. M. wegen Wiedereinstellung in Ihre früheren Stellen, haben wir zunächst darauf hingewiesen, daß wir den städtischen Arbeitern überhaupt nicht Arbeiten zuweisen werden, welche sie in ihrer Ehre verletzen könnten, und weiter darauf, daß Sie, wenn Sie sich durch die am Sonntagabend, den 17. dieses Monats mittags 1 Uhr erfolgte Stenogrammierung zur Hilfeleistung bei Notstandsarbeiten im Fängergrubenentleerung in Ihrem Ehrgefühl verletzt meinten, Sie bis zum Antritt des Dienstes auf dem Wirtschaftshofe der Leipziger Fänger-Export-Fabrik am Montag, den 9. d. M. früh 1,7 Uhr Zeit

genug gehabt hätten, sich entweder direkt oder durch Vermittlung des zuständigen Arbeiterausschusses an Ihre Vorgesetzten zu wenden. Diese würden Ihre Wünsche und Bedenken uns angezeigt haben und wir hätten Sie dann darüber aufklären können, daß es sich nicht um Streikarbeit, sondern nur um diejenigen Arbeiten handelte, die zur sofortigen Abminderung von Notständen bezüglich der öffentlichen Gesundheitspflege notwendig waren. Daß mit einem Privatmann, welchen Sie am 8. d. M. zu Herrn Ingenieur Neumann geschickt haben, Ihre Vorgesetzten über dienstliche Angelegenheiten nicht verhandeln können, darüber konnten Sie keinen Augenblick im Zweifel sein.

Wenn Sie hiernach den Anordnungen Ihrer Vorgesetzten am Montag, den 9. d. M. und am Dienstag, den 10. d. M. bei unaufschiebbaren Arbeiten der Grubenentleerung Hilfe zu leisten nicht nachgegeben sind, so haben Sie gegen die Bestimmungen in §§ 7 und 8 des Arbeitsvertrages gehandelt und insoweit die in §§ 9 und 10 des Arbeitsvertrages bestimmte Strafe der Entlassung sich zugezogen.

Wenn wir nun mit Rücksicht darauf, daß ein solcher Fall erstmalig vorgekommen ist, daß Sie die Folgen Ihres Verhaltens nicht übersehen konnten und daß Sie für die Zukunft aus dem Vorgange eine Lehre für Ihr Verhalten ziehen würden, eine mildere Strafe in Erwägung ziehen wollten, so ist uns dies durch das Verhalten Ihres Mitarbeiter in der öffentlichen Versammlung der städtischen Gemeindearbeiter vom 12. April 1906 unmöglich gemacht worden insofern, als die Versammlung erklärt hat, gegebenenfalls genau so handeln zu wollen, wie Sie. Obwohl nun der in dieser Versammlung gewählten Kommission städtischer Arbeiter durch Herrn Stadtbaurat Franze am 14. d. M. eingehende Aufklärung darüber gegeben worden ist, daß dieser Versammlungsbeschluss zu Ihrer Wiedereinstellung in die bisherigen Stellen nicht führen könne, und daß die städtischen Arbeiter sich bis zum 17. d. M. nochmals genau überlegen sollten, ob Sie diesen für Ihre Wiedereinstellung ausschlaggebenden Beschluss aufrecht erhalten wollten, ist man in der am 18. d. M. abgehaltenen anderweitigen Versammlung der städtischen Arbeiter bei diesem Beschlusse stehen geblieben.

Hierauf haben wir auf eine mildere Beurteilung Ihres Verhaltens nicht weiter zukommen können und lehnen die Genehmigung Ihres Gesuches um Wiedereinstellung ab.

Der Rat der Stadt Leipzig.
gez. Dr. Tröndlin, Franze.

Am 20. April fand in dieser Angelegenheit in Leipzig eine große öffentliche Protest-Versammlung, die von etwa 3000 Personen besucht war, statt. Der Verlauf war zeitweilig stürmisch. Wir berichten in nächster Nummer ausführlich darüber.

Unsere Grenzstreitigkeiten.

Ein Wort zum Rauter Verbandstage.
Von Heinrich Bürger.

III.

Die Anollische Broschüre.

Die Broschüre des Genossen Anoll beschäftigt sich zum überwiegenden Teile mit unserer Taktik, die nach seiner Meinung geradezu entwerwend auf die Arbeiterschaft wirkt. Deshalb werde ich einige Auffragen streifen müssen. Er greift unseren Verband auch nicht nur an, um die Interessen des Steinbeckerverbandes in der Grenzfrage zu schädigen, das wäre noch hinzunehmen, sondern er fordert in seinem Pasquill, als solches werden wir seine Schrift gleich kennen lernen, unter der Ueberschrift: „Wer ist der Störenfried?“ alle übrigen Gewerkschaften zum Kampfe gegen uns auf. Er behauptet, wiederholt Verhandlungen in der Uebertrittsfrage angeboten zu haben. Wie diese Angebote ausgefallen haben, wissen die Leser bereits aus den vorigen Nummern.

Wie nennt man solche Kampfweise?
In seinem Schreiben vom 3. September 1904 verwahrte er sich auch dagegen, daß er uns in seiner Eigenschaft als Mitglied der Generalkommission angegriffen habe. Wörtlich:

„Am Gegenteil hat die Generalkommission erklärt, außer der an Euch abgegangenen Warnung in der Sache vor dem Gewerkschafts-Kongress nichts zu unternehmen. Ich selber war damit einverstanden und hätte mich auch an diesem Beschlusse in meiner Tätigkeit außerhalb der G. A. gebunden, wenn eben nicht das Vorgehen Eures Verbandes in Frankfurt gekommen wäre. Hätte ich in diesem Falle geschwiegen, dann verdiente ich mit Schimpf und Schande von dem Posten gedrückt zu werden, den mir meine Organisation übertragen hat. Und da das Vorgehen ein ganz ungewöhnliches war, so mußte die Sache auch in gehöriger Weise festgehalten werden. Das Veto dagegen mußte nach Lage der Sache ein derartiges werden, daß es nicht gut überhört werden konnte.“

Nach bin objektiv genug anzuerkennen, daß es des Genossen Anolls Pflicht war, die Interessen seines Verbandes nach jeder Richtung hin zu wahren. Jedemfalls gelten die Argumente, die Anoll für sich als

Verbandsbeamter des Steinsegerverbandes in Anspruch nimmt, auch für die Beamten des Gemeindefacharbeiterverbandes. Auch unsere Vertreter hätten verdient mit Schimpf und Schande von ihren Posten gejagt zu werden, wenn sie „befriedigende Erklärungen“ abgeben, die im Widerspruch stehen zu der Willensmeinung aller unserer Mitglieder. Öffentlich sieht dies der Genosse Knoll ein. Wenn es sich also nur um die strenge Wahrung beiderseitiger Interessen gehandelt hätte, wäre eine Verständigung schon möglich gewesen. Wegen der Frankfurter Angelegenheit brauchte kein solcher Streit vom Zaune gebrochen werden, zumal wir doch gesehen haben, daß die übergroße Mehrzahl der Frankfurter Regiesteinseger gar nicht organisiert war. (Bei uns 6, im Steinsegerverband 3 Mann.) Mein persönlicher Standpunkt bei allen Aktionen in Lohnfragen hat sich immer nach der Zahl der Organisierten gerichtet. War diese Zahl allzu gering im Vergleich zu der Zahl der Beschäftigten, habe ich ein aktives Vorgehen in der Lohnfrage konsequent abgelehnt. Ich würde also angesichts der geringen Zahl der in Frankfurt organisierten Steinseger keine große Aktion unternommen haben. Wäre mir die geringe Zahl der damals in Betracht kommenden organisierten Steinseger gleich bekannt gewesen, würde ich jedenfalls den Abdruck der Eingabe abgelehnt und im Verbandsvorstande die Frage ernstlich angeschnitten haben, ob es richtig ist, für eine Gruppe von Feuer zu gehen, die sich so wenig um die gewerkschaftliche Organisation kümmert. Doch das möge einstweilen auf sich beruhen. Fragen wir nun, was die Situation in Frankfurt aber eine so außergewöhnliche, daß das schwerste Geschick aufgeföhren werden mußte? Wir antworten: Nein!

Knoll würde recht haben, wenn eine bedeutende Anzahl der Frankfurter Regiesteinseger im Steinsegerverbande organisiert war. Aber wegen dieser drei Mann so einen Nordstiefel zu schlagen, darüber kann man wirklich nur lachen und die ganze Knollische Mederei von der angeblich durch uns verursachten Herabdrückung der Lohnverhältnisse aller Frankfurter Steinseger ist eitel Dummheit.

Unser Kollege Scheuermann-Frankfurt hatte bereits im September 1904 in der „Gewerkschaft“ (1904 Spalte 442 ff.) überzeugend nachgewiesen, daß eine enorme Zersplittertheit unter den Frankfurter Steinsegern seit mehreren Jahren geherrscht hat. Das hat Knoll gesehen. Dagegen aber auf die Scheuermannschen Ausführungen nur im geringsten einzugehen, benützt er seine ollen Manneken und legt sie der letzten Monstrosität der Verbandsvertreter als süßchen Tee vor, schwabroniert mehrere Seiten lang über unser jämliches Verhalten, daß wir „die Haut“ seiner „Mitglieder“ verschächern wollten ohne ihnen davon ein Wort zu sagen.

Knoll druckt auf Seite 6 unsere Leitfäden betr. Forderungen, Taktik usw. ab. (Siehe auch Nr. 2/04 der Gewerkschaft). Er versucht die Forderungen unseres Programms, daß für das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter soziale Gesichtspunkte maßgebend sein sollen, daß wir auskömmliche Löhne, angemessene Verkürzung der Arbeitszeit, dann Beachtung des § 116 V. G. B., Sommerferien, Ruhe-lohn, Winterbliebenenversorgung, Arbeiterausschüsse auf freierwilliger Grundlage, Sicherung der Erleichterung usw. in Mißföhren zu bringen, indem er sagt „alle diese kommunalen Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen haben in den allermeisten Fällen den auszugsproduzenten Zweck, die Arbeiter an die städtischen Betriebe zu fesseln, dieselben von der Ausübung des Koalitionsrechtes abzuhalten oder an dertelben direkt zu behindern“.

Knoll sagt zwischen den Zeilen sehr unabweislich, daß unser Verband mit den reaktionären Behörden Hand in Hand gehe und die städtischen Arbeiter verrate und verkaufe.

Als Beweis muß Dresden herhalten. Es wird auseinander gesetzt, daß nach der dortigen sehr reaktionären Arbeitsordnung nur derjenige „ständig“ werden kann, welcher die eidesstattliche Versicherung der Mönigstreue abgibt. Das wird bei Knoll so fett gedruckt, als ob dies auf Veranlassung des Gemeindefacharbeiterverbandes angeordnet wäre.

Aus der Frankfurter Arbeitsordnung wird der Satz zitiert: „Das Ansehen in eine höhere Lohnstufe ist von guter Führung und hietem Fleiß abhängig. Arbeiter, die sich durch hervorragende Leistungen und musterhafte Führung dauernd besonders auszeichnen, können auch in kürzerer als den vorgeschriebenen Zeiträumen in höhere Lohnstufen befördert werden.“ Nachdem Knoll in einigen Sätzen gegen diese Verordnung Stellung nimmt, was wir im Gemeindefacharbeiterverbande unangezeigt jeden Tag im Jahre, Jahr für Jahr getan haben und ferner tun werden, stößt Knoll in einem längeren giftigen Prodem diese Verkümdung aus:

„Wenn man weiß, was in den Augen der „maßgebenden“ Vorgesetzten und Behörden als „gute“ oder „musterhafte Führung“ gilt, dann hat man auch einen Begriff davon, nach welchen Grund-lagen das Ansehen in höhere Lohnstufen erfolgt. Man wende nicht ein, daß der Verband der Gemeindefacharbeiter solche „Grundlagen“ auch nicht zur Geltung gebracht sehen will. Wer, wie dieser Verband, das Sovergegewicht seiner ganzen „gewerkschaftlichen“ Tätigkeit darauf legt, daß solche „Wohlfahrts-einrichtungen“ überhaupt eingeföhrt werden; wer seinen Mitgliedern sagt: „Ihr könnt für weniger Lohn arbeiten, als Eure Kollegen in Privatbetrieben; denn Ihr werdet ja auch im Winter beschäftigt;

Ihr habt ja auch Ansprüche auf Pension, Sommerurlaub und andere schöne Sachen (so bei Knoll gedruckt), wer das seinen Mitgliedern zu sagen fertig bringt, der nimmt auch alle die „Vorbehalte“ in Kauf, die die kommunalen und sonstigen Behörden zu machen haben, wenn dieselben sich zur Schaffung von Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen entschließen.

Daß das nicht zuviel gesagt ist, dafür hat der Verband der Gemeindefacharbeiter den Beweis in Dresden erbracht. Als dort die schon angeführte Arbeitsordnung, die den Arbeitern „Mönigstreue Gesinnung“ zur Verufspflicht macht, eingeföhrt werden sollte, nahmen die städtischen Arbeiter aller Kategorien, zu denen dort auch die Steinseger gehören, in einer öffentlichen Massenversammlung dazu Stellung. Das Ergebnis dieser Stellungnahme war, wie nicht anders zu erwarten, nicht nur eine runde und uneingeschränkte Ablehnung der Arbeitsordnung, sondern auch ein geharnischter Protest gegen die den Arbeitern zugemutete Gesinnungsumperlei. Der Vorsitzende dieser Versammlung, ein organisierter Steinseger, d. h. in unferm Verbande organisierter und in städtischer Arbeit stehender Steinseger, gab den zuständigen Behörden pflichtgemäß Kenntnis von den Beschlüssen der Versammlung, in deren Bureau auch Vertreter des Gemeindefacharbeiterverbandes saßen.

Und was mußten die Steinseger später erfahren? — Daß die Vertreter des Verbandes der Gemeindefacharbeiter hinter dem Rücken der Steinseger beim Magistrat um die Einföhrtung dieser Arbeitsordnung petitioniert hatten, die dann auch mit allen ihren Schönheiten in Kraft getreten ist! Gätte der Verband der Gemeindefacharbeiter etwas mehr Müdigkeit befehen, dann wäre, das ist nicht unwahrscheinlich, vielleicht die Arbeitsordnung in Kraft getreten, aber ohne die die Arbeiter zu politischen Deloten herabdrückenden Bestimmungen.“

Dies sagt Knoll noch zu schreiben, nachdem er bereits im Oktober 1904 in Nr. 22 der „Gewerkschaft“ die folgenden Ausführungen unseres Kollegen Wischen-Dresden gelesen hatte:

„Der Vorstand der Filiale Dresden des Steinsegerverbandes entkräftet sich über unseren Protest gegen die Arbeiterordnung, doch hält er es aber hier mit der Objektivität ebenfalls nicht genau. Es ist notwendig, etwas eingehend auf die Sache einzugehen, nicht etwa, um unsere Handlungsweise zu beschönigen, aber um sie verständiglich zu machen.“

Erstens ist festzustellen, daß nicht nach einigen Wochen, wie die Steinseger angeben, unsere Petition um Inkrafttreten der Arbeiterordnung eingegangen wurde, sondern nach einem Jahre. Am 6. Juli 1903 fand die Protestversammlung statt, am 17. Juli 1903 ist dann unsere Petition eingereicht worden.

Der Sachverhalt ist nun folgender: Als der Entwurf der neuen Arbeiterordnung im Sommer 1902 veröffentlicht wurde, war die Entrüstung in den Reihen der städtischen Arbeiter Dresdens groß, wir waren aber auch überzeugt, daß unsere Organisation noch nicht den genügenden Einfluß auf die städtischen Arbeiter Dresdens ausübte, um diese von den Mängeln der Arbeiterordnung zu überzeugen und eine allgemeine Verzichtsleistung darauf durchzusetzen. Wir haben uns redlich Mühe gegeben, den städtischen Arbeitern Dresdens zu sagen, was daran ist. An scharfer, zurückweisender Kritik fehlte es untererichts nicht. Wir haben dem Räte auch Verbesserungs-vorschläge unterbreitet, durch welche die Arbeiterordnung annehmbar gemacht werden sollte (siehe Gewerkschaft Nr. 18 1902) und haben auch für die Protestresolution gestimmt (siehe ebendasselbst). Obgleich dieser Protest nicht in allen Teilen die von uns gewünschte Wirkung hatte, sind vom Ratskollegium doch eine Reihe der anstößigsten Bestimmungen entfernt resp. geändert worden, welche allerdings von den Stadtverordneten später wieder hineingebracht worden sind. In der Zwischenzeit wurde von uns die fragliche Eingabe um Erlaß der Arbeiterordnung (also der verbesserten) gemacht, die ja auch, wie später von den Steinsegern, gern akzeptiert wurde.

Bei den späteren Versuchen unseres Verbandes, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, wurde uns von den maßgebenden Beamten bei jeder Gelegenheit zum Vorwurf gemacht, wir hinderten die Reformbestrebungen des Rates, indem wir dem Inkrafttreten der neuen Arbeiterordnung entgegenarbeiten. Uns wurde kurz und bündig gesagt, daß erst die neue Arbeiterordnung in Kraft treten müsse, dann erst könne man an Reformen denken. Die Arbeiter konnten sich zwar nicht für diese Arbeiterordnung sehr begeistern, aber doch die Notwendigkeit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die nach Verbesserung des Herrn Oberbürgermeisters Vortrags nicht ausbleiben würde, trieb uns dazu, von neuem Stellung zu nehmen.

Daraufhin haben wir uns entschlossen, in der am 17. Juli 1903 eingereichten Petition mit 1700 Unterschriften zu fordern, die Arbeiterordnung möge bald in Kraft treten, aber auch eine ganze Anzahl weitgehender Forderungen waren gestellt worden. (Siehe Gewerkschaft Nr. 15 1903.) Da aber, wie gesagt, auf eine sofortige Verkündung unserer Forderungen nicht zu rechnen war, lag es schließlich im Interesse der Arbeiter, daß diese Arbeiterordnung in Kraft trete.

Der Steinsegerorganisation in Dresden ist es auch nicht eingefallen, in der ganzen Zeit, seit der Protestversammlung 1902 bis zur Abtündung unserer Petition 1903, wegen der Arbeiterordnung an uns heranzutreten. Die Petition vom Juli 1903 ist gedruckt

verbreitet worden und mußte auch den Steinlegern bekannt geworden sein. Damals gab es Gelegenheit, Protest dagegen zu erheben, der Kleinwachsungsversuch nach einem Jahre wirkt komisch. Aus tatsächlichen Gründen hatte der Vorstand der Dresdener Steinleger Aktiva weder einen Grund noch ein Recht, über unsere Handlungsweise bei dieser Gelegenheit herzugehen. Daß wir nach Lage der damaligen Verhältnisse das Richtige getroffen hatten, davon kann sich jeder Interessierende überzeugen, wenn er sich der Mühe unterzieht, unsere Eingabe vom 17. Juli 1903 und die darauf erfolgte Antwort der Stadtverordneten am 3. Dezember 1903 zu studieren.

Durch die Eingabe vom 17. Juli 1903 haben wir den Behörden die Einwände entzogen, die gegen unsere Forderungen bei jeder Gelegenheit erhoben wurden. Auf der anderen Seite sind aber die Ladungen durch die Antwort darauf zur Überzeugung gebracht worden, daß sie sich organisieren müssen. Das war guter Mutationsstoff für unsere Organisation. Wir wußten ganz genau, was wir mit unserem Vergehen bezweckten, ein Verbot konnte uns nur dann treffen, wenn wir unsere Handlungsweise nicht begründen konnten.

Wir mußten nach dem Auftreten der Steinleger zwar annehmen, daß sie, soweit wie ihre Organisation in Frage kommt, an dem Beschlusse der Protokollversammlung vom 6. Juli 1902 festhalten würden. Wir konnten aber konstataren, daß der Einfluß der guten Steinlegerorganisation nicht gelang, ihre Mitglieder auf dem Verbot beharren zu lassen, wie sie es in der Resolution vom 6. Juli 1902 mit beifolgenden hatten. Die Mitglieder des Steinlegerverbandes hatten es im Gegenteil sehr eilig, alle Bedingungen der verbotenen Arbeiterordnung zu erfüllen, um sobald wie nur möglich die Ständigkeit und alle damit verbundenen Vorteile zu erlangen. Auf Grund ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und ihrer guten Organisation und wohl auch aus tatsächlichen Gründen konnte man von den Steinlegern erwarten, daß sie auf die nebelhaften und unbestimmten Vorteile der Arbeiterordnung verzichten würden.

Die realen Verhältnisse waren aber stärker als der Steinlegerverband.

Ueber die Behauptung des Steinlegerverbandes, unsere Handlungsweise sei geeignet, Streikbrecher zu züchten, müssen wir uns sehr wundern. Wir hätten von ihnen gerade erwartet, daß sie Helfer von den Verhältnissen und Schwierigkeiten unterrichtet sind, unter denen wir unsere Leute zusammenhalten müssen. Allerdings haben wir uns in dieser Hinsicht getauert.

Die Sache wird aber verständlich, denn Anoll schreibt in seiner Proklama auf Seite 9:

„Der Verband der Gemeindearbeiter hat sich dann später damit herausgeredet, daß ja schließlich auch die Steinleger die Arbeitsordnung anerkannt hätten. Ja wohl, das ist richtig; aber die Steinleger hatten auch wahrlich keine Ursache, ihre nahezu als Winter in ganz Deutschland geltenden Arbeitsstellen zu verlassen und dieselben unorganisierten Arbeitern einzuräumen. Die Dresdener Steinleger sind die bestbezahlten Arbeiter ihres Berufes in ganz Deutschland und erfreuen sich auch außerdem einer nicht ganz gewöhnlichen angenehmen Stellung im Arbeitsverhältnis“.

Die hier festgedruckte Stelle sieht bei Anoll sehr mager aus und sie beweist schlagend, daß es den Steinlegern selbst nicht ernst war, in der Zurückweisung der Arbeiterordnung ihre angenehme Stellung aufs Spiel zu setzen. Das heißt bei Anoll wenn es sich um in seinem Verbands organisierte Steinleger handelt, Solidarität, und wenn es sich um den Gemeindearbeiterverband handelt, Verrat. Wir hätten niemals geglaubt, daß eine solche gewerkschaftliche Zeit auf einer Konferenz von Gewerkschaftsvertretern unüberbrückbar als neue Feilscherei zur Kurierung des deutschen Gewerkschaftsorganismus hingenommen werden konnte.

Aber, so kalkuliert Anoll sein proletarisches Gewissen — um doch seinen Zwerfel an ihrer, der Dresdener Regiesteinleger, Gesinnung, zu lösen, reichten sie just zur selben Zeit eine Petition ein an den Magistrat zu Dresden, in der sie eruchten — um die Freigabe des 1. Mai!

Das war jedenfalls eine passendere Antwort auf die „königliche Arbeitsordnung“, als das Verhalten des Gemeindebetriebsarbeiterverbandes.

Stroh! Eine Petition, von der man von vornherein weiß, daß sie in Dresden gar nicht ernst genommen wird, die fast untergehen in den Papierkorb fliegt. Die Dresdener Steinleger haben noch nie damit gerechnet, daß sie mit dieser Petition einen Erfolg erzielen, haben ihn auch nie erzieht, sie werden auch allem Anschein nach nie „ihre als Winter in ganz Deutschland geltenden Arbeitsstellen verlassen“, um die Arbeiterruhe am 1. Mai zu erzwingen.

Schamuschläger! Da könnten wir z. B. darauf hinweisen, daß unsere sächsischen Arbeiter Verline seit Jahren schon den 1. Mai mittags um 12 Uhr in der Versammlung feiern, während die Berliner Gärtner der Reichsverband des Gärtnerverbandes hat uns gegenüber bekanntlich auch das Genre Kurrig gewonnen ihre Maiderversammlung abends abhalten. Es fällt uns aber gar nicht ein, irgend ein Aufheben davon zu machen.

Dann fällt sich Anoll aber wieder als der Koherrichter der von uns bedrohten gewerkschaftlichen Grundzüge, die er demnach, wie ich schon bemerkte, als zweiter befehleter Vorsitzender der General-

kommission betätigen wird. Er wirkt sich in Positur und mit edler Gebärde ruft er:

„Also nach seinen bisherigen Taten bietet der Verband der Gemeindearbeiter keinerlei Garantie dafür, daß derselbe die koalitionsfeindlichen Bestrebungen der arbeiterwohlhabensbestimmten Kommunen nicht unterstützt. Und die freien Gewerkschaften haben darüber zu entscheiden, ob dieselben einen solchen gestalt entwickelten Zpruch unter sich dulden wollen“.

Um das aber voll zu würdigen, möge der Leser daran erinnert sein, daß unsere ganze bisherige Verbandstätigkeit zum größten Teil bestand in der Erkämpfung und Behauptung des freien ungeschränkten Koalitionsrechtes.

Unsere Mitglieder wissen selbst aus ihrer eigenen gewerkschaftlichen Tätigkeit, daß der Gemeindearbeiterverband ununterbrochen arbeitet an der Aufbesserung der Löhne. Die Lohnfrage und die der Verkürzung der Arbeitszeit steht bei uns allenthalben im Vordergrund. Das weiß jeder regelmäßige Leser der „Gewerkschaft“.

Natürlich darf Anoll auch das offene Schreiben an den Berliner Magistrat usw. (sog. Tenkschrift) nicht in der Proklama entgehen lassen. Ich habe schon in voriger Nummer erklärt, daß frühere Rundgebungen namens des Verbandesvorstandes hinausgingen, die in ihrem Wortlaute nicht dem Verbandsvorstande vorgelegen haben. Ich habe auch gesagt, daß dabei einige Ungehorsamkeiten und Unmündigkeiten unterlaufen sind. Das tritt in welchem Umfange auf diese Tenkschrift zu. Eine Tenkschrift war allerdings vom Verbandsvorstande beschlossen und in ihren Umrissen bestimmt worden. Der damalige Verbandsvorsitzende wurde beauftragt, sie auszuarbeiten, aber er unterließ es, sie vor Veröffentlichung zur Genehmigung dem Gesamtvorstande vorzulegen. Dieser Umstand hatte nicht unbedeutend mit dem beigetragen, daß später die Beschlüsse des Vorstehenden zu selbständigen Veröffentlichungen eingeeignet wurden.

Auf der Konferenz der Verbandsvertreter im Oktober 1904 und schon vorher in einer Erklärung hatte der Verbandsvorstand ausdrücklich erklärt, daß er nie daran gedacht habe, das Mittel des Streiks schlechthin als ein gewalttätiges oder gar ungelegentliches anzusehen. Ich habe bisher noch immer angenommen, daß gewisse Mißverständnisse Anolls Auslassungen hervorgerufen haben. Nach der Verküre seiner Sammelchrift aber bin ich überzeugt, daß neben hochgradiger Unvorsichtigkeit auch Böswilligkeit ihm die Feder führt.

Das ist auch ersichtlich bei der „Beweisführung“ bezüglich der Hamburger Steinlegerfrage. Wir haben bereits in voriger Nummer nachgewiesen, daß die Hamburger Regiesteinleger schon 1897, also zu einer Zeit, wo noch gar nicht daran gedacht wurde, die Hamburger Staatsarbeiter in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen, aus dem Steinlegerverbande auswichen, und weil sie sich dem Verbande nicht wieder anschließen wollten, „beweist“ Anoll damit nochmals, „wie durch die Taktik des Gemeindearbeiterverbandes die Arbeiter entwertet werden“. (Seite 10.) Wir haben schon den Tatbestand in voriger Nummer klar gestellt und kennen jetzt nur noch beraten, daß 1897 die aus dem Steinlegerverband Ausgewichenen nur zum ganz geringen Bruchteil später nach fünf Jahren bei uns eintraten. Das nennt Anoll, und mit ihm die Herren vom Vorstand des Allgem. Deutschen Gärtnervereins, Einbruch. Außerdem drückt Anoll einige angeblühliche und unkontrollierbare Anschuldigungen seiner ehemaligen Mitglieder ab. S. 9.

Wenn wir bei Euch organisiert sind, dann müßten wir im Falle eines Streiks bei den Privatunternehmern, sofern uns unsere vorgelegte Behörde dazu kommandiert, die von den Streikenden verlassenen Arbeiten fertigzustellen, diese Arbeit vorwegnehmen und mit in den Streik treten. — Im Verbands der Gemeindearbeiter brauchen wir das nicht! —

Hierzu siehe die Erklärung unserer Hamburger Kollegen in voriger Nummer. Dann aber eins! Der Steinlegerverband ist viel älter als der Gemeindearbeiterverband. Es ist also jedenfalls, jetzt könnten wir einmal den Tzich umdrehen, dem Genossen Anoll nicht gelingen, seine Mitglieder zu festen und überzeugten Gewerkschaftsmännern zu erziehen und bei ihnen „die Neigung zu gewerkschaftlicher Betätigung“ dauernd zu festigen.

Nach alledem ist es kein Wunder, daß Anoll uns die Schuld zuschiebt, daß die Löhne der Regiesteinleger in Hamburg um 12 Pf. pro Stunde geringer sind als in der Privatindustrie und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde länger ist (Seite 17). Seit 1897 haben die Regiesteinleger keine Fortschritte gemacht. Seit 1902 sind einige Regiesteinleger bei uns organisiert. Da hatte doch Anoll fünf Jahre hindurch ausgiebig Gelegenheit zu ungestörter Betätigung gehabt.

Dann kommt diese Nichtswürdigkeit:

Dafür erhalten aber diese Regiearbeiter von ihrer jetzigen Verbandslitung einen „guten Tzoch“:

Es wird ihnen von dieser gesagt, daß sie im Sommer ja billiger arbeiten können, als ihre Kollegen, weil sie auch im Winter beschäftigt werden, jene aber nicht!

Bisher waren wir gewöhnt, derartige Argumente nur gelegentlich von Unternehmern oder „sozialpolitisch“ angehauchten Stadtverwaltungen zu hören; daß auch Arbeitervertreter sich diese Anschauungen zu eigen machen könnten, hatten wir bisher nicht angenommen. Aber was tut man nicht alles um der „Taktik“

wollen . . . Wir sind da anderer Ansicht; wir halten das für eine ganz gewöhnliche brutale Ausnutzung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage zumgunsten der Arbeiter; von irgend welchen sozialen Motiven können wir darin leider nichts entdecken."

Dah unser Verband konsequent im Winter den gleichen Lohn wie im Sommer fordert, braucht Anoll natürlich nicht mitzutheilen, obwohl er es weiß. Eine saubere Beweisethode! Der städtische Arbeiter, welcher von der jetzigen Verbandsleitung diesen „guten Trost“ bekommen hat, soll sich melden. Anolls Vogil dürfen wir an den folgenden zwei Sätzen bewundern (Seite 18):

1. Erfahrungsgemäß sind es vielfach die intelligentesten Arbeiter, also auch die besten Mitglieder ihrer Organisation, welche die Verwaltungen für den Regiebetrieb zu gewinnen suchen.

2. „Wir“ (nämlich der Vorstand des Steiniegeverbandes) haben freilich auch schon wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß diese intelligenten Arbeiter in den Regiebetrieben nicht sonderlich alt geworden sind. Als solchen hier und da die Zustimmung gemacht wurde, Streifarbeiten zu verrichten und diese das ablebten, hatte die Herrlichkeit ein Ende. Aber wir können doch die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die Mitglieder unserer Organisation in solchen Fällen „die Reizung zum Streik nicht abgelegt hatten“. (Das kann man an den Dresdener Regiebetrieben sehen merken). „Und wir sind der Ueberzeugung, daß diese ehrlichen Proletarier der Arbeiterklasse damit einen größeren Dienst erwiesen haben, als der G. V. mit seinen Monogehionen an die Mitgliederlosigkeit der Arbeiter es tut."

Dazu vergleiche man, daß Anoll bezüglich der Hannoverischen Regiefeinzieher selbst sagt, sie hätten beim Eintritt in die Regiearbeit alle ihr Rückspat draußer gelassen. (Spalte 277 der „Gewerkschaft" vorige Nummer) Was wird Anoll nun angesichts dieser Resultate seiner gewerkschaftlichen Erziehung sagen? Jedenfalls, daß, wenn die Hannoverischen Steiniege unserem Verbands beiträten, wir ihnen das Rückspat gebrochen haben sollten. Uebrigens ein bequemes Ausfluchtswort: Der G. V. ist der Sündenbock für die Anoll'schen Mißverhalte!

Es kommt noch besser. Auf Seite 19 schreibt Anoll:

Die Politik des G. V. geht aber noch darüber hinaus. Die schon vorhandene Kluft zwischen Regie und Nichtregiearbeitern systematisch zu vertiefen, indem er jenen sagt: „Ihr habt mit den Regie vollwährscheinlich heißen Privat- arbeiter nichts gemein; Ihr müßt besorgt sein, daß Ihr eure Pensionsberechtigung, euren Anspruch auf Sommerurlaub, eure „sichere Existenz" nicht aufs Spiel setzt!"

Der G. V. predigt also die Rival der Satten - haben wir Unrecht, wenn wir sagen, daß derselbe die Arbeiter mit seiner „Politik" entwertet?!

Das sind gefundene gefagt alles aus den Fingern gelegene Nebenarten, aber daß die Dresdener Steiniege im Ernstfalle „ihre nicht ganz ungewöhnlich angenehme Stellung" nicht verlassen werden, hat uns Anoll selbst deutlich gesagt.

Augenblicklich liegen sogar unsere Mitglieder in Leipzig und Magdeburg zu Tugenden auf der Strafe, weil sie sich zumunten anderer Verbände geweigert haben Streikbrecherarbeit zu verrichten. Sie liegen noch auf der Strafe, während diejenigen Privatarbeiter, um derenwillen sie die Streikbrecherarbeit verweigerten, nach Einwilligung der Forderungen wieder ihre alten Arbeitsverträge einnahmen. Mit welchem Rechte darf Anoll unsere Mitglieder und unsere Verband schmäheln? Die Solidarität ist bei uns mindestens ebenso lebendig wie im Steiniegeverbande. Das soll Anoll sich merken!

Ich fordere nun Anoll auf, Nipp und Nar zu beweisen, wo unsere Verbandsvertreter das was er uns zur Last legt, gesagt haben, in welchem Falle unser Verband Streikbrecherarbeit gutgeheßen hat. Wo wir keinem Verbandsmitglieder fortgenommen oder den Verlust dazu gemacht haben. München: Wichtig. Seite 23 und 24 seiner Cammerialie, anders kann ich eine so von Verdrehungen und Verleumdungen strotzende Schrift nicht nennen, befindet sich das Antwortschreiben unserer Münchener Zentrale, das wir in voriger Nummer den Münchener Vorgang noch einmal nachzulesen. Die letzte etwas grobe Antwort unserer Münchener Kollegen lautet:

München, den 14. Januar 1905.

Wexler Geseffel

Auf die Aufschrift vom 14., dem Steiniegeverbande gegenüber, möchte ich kurz bemerken, daß es fast den Anschein erwecken könnte, als wenn Genosse Anoll seine Hauptaufgabe darin erblickt, Cuertreibereien in Szene zu legen. Hierin wird nun die Zentrale Münchens unseres Verbandes als Stedempferd benützt. Wir hier in München haben tatsächlich nicht die Zeit übrig, uns um Dinge zu kümmern, welche uns nichts angehen. Dieses hat sich allem Anscheine nach Genosse Anoll als Cuertulant zum Prinzip gemacht.

Zur Sache selbst will ich bemerken:

1. Als unser Verband hier ins Leben trat, war ich noch nicht Mitglied. Es trifft aber zu, daß mein Vorgänger, Kollege Pfannholzer, mit Kollegen des fraglichen Verbandes gemeinsam gearbeitet hat. Zutreffend ist es auch, daß 2 Steiniege an allen Sitzungen und Versammlungen unseres Verbandes teilgenommen haben und auch Eig und Stimme hatten. Als ich nun Mitte 1903

an Pfannholzer's Stelle trat, konnte ich nicht einsehen, weshalb Mitglieder anderer Verbände an unseren Beratungen teilnahmen und mit abstimmten, kurz einen Teil Verbandstätigkeit innerhalb unserer Organisation ausübten. Diesem Tum bin ich energisch entgegengetreten und erhielt dafür auch die Zustimmung des gesamten Ausschusses, ein diesbezüglicher Beschluß wurde auch in einer Mitgliederversammlung herbeigeführt. Daß ich bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen habe, wenn die Pfasterer mit uns raten und taten wollen, dann sollen sie Mitglieder unseres Verbandes werden, ist etwas Selbstverständliches, war sogar meine Pflicht. Aber von Gewalt anzuwenden kann keine Rede sein, diese Behauptung weise ich ganz entschieden zurück. Weiter, daß wir die Zentrale Münchens des Steiniegeverbandes herunter zu setzen veruchten und die Pfasterer als indifferent bezeichneten, ist vollkommen erunden."

Das Zeitgedruckte soll wieder unseren Einbruch beweisen. Da die bei uns nicht organisierten Steiniege in allen Sitzungen Eig und Stimme behalten wollten, wurde ihnen leichtsinig gesagt, na werdet dann doch bei uns Mitglied. Die Sache spielte sich Mitte 1903 ab. Am 21. November 1904 teilten wir kurz und bestimmt dem Anoll mit, daß wir gar nicht daran denken, uns mit den Münchener Regiepfasterern zu befeßen und im Februar 1905 schreibt er:

Bei den Münchener Regiepfasterern, die schon länger organisiert sind, als es einen G. V. gibt, hat man dasselbe verucht. Man hat zwar verucht, unter den im G. V. scheinbar üblichen Ausfällen auf die Leistungen anderer Organisationen das in Abrede zu stellen; hat es aber zuletzt doch zugeben müssen."

Das ist sehr anständig.

Um den Strauß oder Kameleon zu verständigigen, muß Anoll auf unserer allerdings sehr niedrigen Verbandsbeitrag zurückkommen. Ich warnte in einem Flugblatt den Beitrag von 15 Pf., den unser Verband vor 1893 erhob, allen Entsetzes lächerlich gering. Damit wies ich an anderer Stelle in demselben Flugblatt darauf hin, daß unser gegenwärtiger Beitrag einer der geringsten ist, der in deutschen Gewerkschaften erhoben wird. Weides ist Tatsache. Diese Tatsache hob ich hervor, um den noch nicht organisierten Gemeindearbeitern, die da immer noch glauben, daß 20 Pf. ein für sie unerwünscht hoher Beitrag ist, räusibel zu machen, daß in anderen Verbänden noch viel höhere Beiträge erhoben werden.

Schon vor zwei Jahren führte ich aus:

„Genieß haben wir den städtischen Arbeitern gesagt, daß unser Verbandsbeitrag von 20 Pf. wödentlich (außer den Polakaufschlägen) lächerlich gering ist, weil viele der städtischen Arbeiter das für einen enorm hohen Beitrag ansehen. Würden sich die Genossen und Verbandsleiter, die sich auf das schwärzige Alter ihrer Organisation berufen, früher um die städtischen Arbeiter gekümmert haben, dann wüßten sie, welsch sprödes Material da zu verarbeitend ist. Deshalb sieht das von den lächerlich geringen Beiträgen wirklich in einem Massenflugblatt."

Das macht bei Anoll nichts. Er behauptet nach wie vor, daß wir wie sein alter Kleiderjude zu den städtischen Arbeitern sagen: kommt zu uns, wir machen es billiger wie Anoll. Dann trumst er weiter auf:

Das ist ein direkter Verstoß gegen die Beschlüsse mehrerer Gewerkschaftslogenreife und darin dürfte die Leitung des Gemeindearbeiterverbandes wohl einzig dastehen. In allen anderen Gewerkschaften, auch in denen, die sich hier und da mal wegen der gegenwärtigen Zuständigkeit etwas reiben, besteht kein Zweifel mehr darüber, daß niedrige Beiträge kein Vorzug einer Gewerkschaftsorganisation sind! Vielleicht wendet man ein, daß das Flugblatt, dem diese Beweise entnommen, nicht mehr ganz neu ist. Aber es verlaunt mit ziemlicher Bestimmtheit, daß auch in neuerer Zeit noch Funktionäre desselben Verbandes mit denselben Argumenten auf den Mitgliederfang gegangen sind.

Daß eine ganze Anzahl von Zentralen 40 Pf. Beitrag, Dresden sogar 50 Pf. wödentlich erhebt, daß ein beforderer Kammerfonds bei uns angefamelt wird, braucht dieser Gentleman in seiner Proschüre nicht zu erwähnen.

Die beste Antwort auf diesen Anwurf wird Anoll vom Mainzer Verbandstag erhalten, der hoffentlich den Verbandsbeitrag auf 40 Pf. herabsetzen wird. Damit werden dann die organisierten Gemeindearbeiter aller Welt klar beweisen, daß sie nicht für das Vortengerecht einiger unverbindlicher Wohlfahrtsverprechungen bereit sind, ihr Koalitionensrecht preiszugeben."

Anoll fragt denn noch: Wer trägt die Kosten der kommunalen Sozialpolitik?

In der Behandlung dieses Abschnittes zeigt er zur Evidenz, daß er unser Programm nicht begriffen hat, kein Bild am Oberflächlichen haften bleibt und nicht des Weisens Reim durchdringt. So wie er bisher alles schief gesehen hat, behauptet er fähn, daß unser Verband nichts dazu beigetragen habe, vortheilhaftere Arbeitsbedingungen in Gemeindebetrieben zu schaffen. Daß er unsere rein gewerkschaftliche Tätigkeit nicht sieht oder nicht sehen will blamiert nicht uns sondern ihn. Am Schluß seines Pamphlets sagt er:

Wir können uns auch von der Ansicht nicht trennen, daß die Aufgabe einer Gewerkschaft in erster Linie darin zu bestehen hat, das Arbeitseinkommen ihrer Mitglieder nach Möglichkeit zu erhöhen.

Wenn wir darüber hinaus noch sozialpolitische Vorteile für die Arbeiterklasse erwirken können, so nehmen wir solche selbstverständlich gern in den Kauf."

Wenn Knoll in der „G.“ auch nur eine Zeile nachweist die etwa belegt, daß wir das Gegenteil davon wollen, schenke ich ihm einen Taler. Unsere Mitglieder treten alle dafür ein, daß die Löhne in städtischen Betrieben nicht nur allein mit denen der Privatindustrie in gleicher Höhe stehen, sondern diese noch überragen. Meines unierer Mitglieder will schlechter dastehen als Arbeiter der Privatindustrie. Unsere gesamte und gewiß intensive Verbandstätigkeit ist von jeher nur auf dieses Ziel gerichtet gewesen.

Den Gipfel der Jugunanz oder der Niedertracht die Entschcheidung darüber, was von beiden überwiegt, überlasse ich dem Leser — erreicht Knoll, indem er dann endet eigentlich an seinen eigenen Verdröhnungen verenden!)

Mit aller Entschiedenheit verwahren wir uns jedoch, eben im Interesse der Arbeiterklasse, gegen das vom Gemeindebetriebsarbeiterverbande propagierte sozialpolitische Trugschlüsseln! —

Was nun noch an „Zusätzlichem“ übrig bleibt, werde ich in besonderen Artikeln über Taktik und Verbandsprogramm mit behandeln, ebenso die Frage wie die „älteren Rechte“ von denen in unserer Mairektion die Rede ist, aufzufassen sind. Es war notwendig, die störrischen Dreifügigkeit mit Entschiedenheit zurückzuweisen und ich hätte nicht geglaubt, daß man den eignen Genossen gegenüber ein solches Maß von Mendwerf und demagogischer Unfälle anwenden kann, um über zwanzigtausend organisierter Gemeindegewerkschaften die ehrliche gewerkschaftliche Prinzipien vertreten, in der Meinung und Klärung anderer Gewerkschaften herabzusetzen. Ich habe selten soviel Bewußte Verdröhnung und Entstellung auf so wenig Papier gefunden, wie in dieser Broschüre. Ja, Genosse Knoll, das ist wirklich toll!

Görlitzer Brief.

Wolff:

„Männchen, id will mal sehen wie stark Sie sind, Sie kommen sehr in meine Kolonne“.

Überausseher Maier
von der Görlitzer Straßenreinigung.

Wir haben hier in Görlitz ein Musterexemplar von Vorgesetzten bei der Straßeneinigung. Das ist der Überausseher Maier. Der Mann bedrückt unsere Verbandskollegen auf eine geradezu ungeheure Art. Wenn er eines Verbandskollegen anständig wird, ist er seiner Sinne nicht mehr mächtig, solch maßlose Mut packt ihn dann. Aus Nr. 14 der „Gewerkschaft“ Spalte 23 haben unsere Kollegen ersehen, daß der Überausseher Maier in der Klage des Kollegen Schulze über war es nämlich, der wegen Ausstellung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses mit Hilfe des Verbandes den Prozeß gegen den Görlitzer Magistrat angestrengt und obliegt einen schweren Mißfall erlebt hatte. Herr Maier sollte froh sein, daß er nicht noch haftbar gemacht wird für den Schaden, den er dem Kollegen Schulze durch seine Schikanen zugefügt hat. Per Tag des schweren Mißfalls war der 2. April. Gleich nach diesem Tage begann der Herr Überausseher Maier den Arbeiter Zwickirich zu quälern. Zwickirich war nämlich als Zeuge in dem Prozeß Schulze c. a. Magistrat aufgetreten. Er wurde in die Kolonne des Überaussehers Maier verlegt und dieser Gentleman sagte dann zu Zwickirich: So Männchen, jetzt wer id sehen wie stark Sie sind!

Und nun mußte Zwickirich den ganzen Tag unter direkter Aufsicht des Herrn Maier schon zum Teil fast abgekehrte Wesen bis zur Unkenntlichkeit abkehren, wohingegen die übrigen Leute früh neue Wesen bekamen.

Am anderen Morgen wurde diese Maßregel noch verschärft, indem der Überausseher Maier zu dem „Arbeitslosen“ Vorarbeiter Armann sagte: „Armann, Sie kehren nicht, bis ich komme, Sie stellen sich nur zu Zwickirich und passen genau auf, wie der kehrt“. Das war nun doch zu hart, sich noch von einem Arbeiter, der schon einmal selbst davon gesagt werden sollte, und nur durch Nebenbenedicten sich halten kann, sich schuldig zu lassen. Und so verlangte Zw. vormittags von Maier seine Entlassung, da keine Mündigung besteht. Nun war der Herr Überausseher wie umgewandelt, er machte an die Öffentlichkeit denken. Unter den größten Freundschaftsbedingungen sowie Liebesbeweisen ging der Überausseher mit Zw. von der Lutherstraße bis zur Leipzigerstraße mit.

Doch mittags 1 Uhr beim Sachenabgeben verlangte Zw. auch Lohn und Papiere, doch das konnte Maier nicht geben, er verwies ihn an den Herrn Prandmeißer, der war nicht anwesend, und so ging Zw. um 3 Uhr zum Stadtrat, welcher aber von einer Klarlegung der Sache nichts wissen wollte. Nach längerem Hin- und Herhaken bekam nun Zw. anderen Tags seinen Lohn, auch für die 11 Tage, die er hatte warten müssen, und ein Zeugnis, was einige Wochen früher den Herren Überausseher und Stadtrat noch ein beühmtes Dorf war. Denn im Februar sagte Stadtrat Körner noch: „Schulze, Sie brauchen kein Zeugnis, und wenn Ihnen dieses nicht paßt, zerreißn Sie es“.

Kraft ebenso geht es seit Ostern dem zweiten an dem Prozeß Schulte beteiligten Zeugen, welcher in der Kolonne des Herrn Aufseher Weber war und stets zur Mehrmaschine bei den Spritzenmännern kommandiert wurde. Herr Maier, welcher den Mann eines Tages sah, sagte: „Warten Sie, Männchen, bei dem Kofen kann id Ihnen nicht lassen, id muß sehen, wie stark Sie sind, Sie melden sich nach die Feiertage in meine Kolonne“. (Das Deutsch stammt von Herrn Maier, T. M.) Dafür mußte nun der Arbeiter Weil von der Maierischen in die Webersche Kolonne. Das waren zwei Maßregelungen in einem Ort, denn auch Weil, der bereits sechs Jahre in der Kolonne war und es nahe zu Hause hatte, erblickte darin eine Schikane, weil er nun nach einem anderen Ende der Stadt mußte. Weil wagte nun mittags am Tage der Verlegung an den Herrn Überausseher die Frage zu stellen: „Herr Maier, ich möchte mal fragen, ob das eine Straßeneinigung bei mir ist.“ Maier kommt: „Gehn Sie sofort an Ihre Arbeit“. Weil: „Herr Maier, könnt ich nicht erfahren, was ich verbrochen habe?“ Maier noch lauter: „Gehn Sie, wenn Sie nicht sofort gehen, verlege ich Sie wegen Hausfriedensbruchs! (?!?) Armann, Armann, (das ist der Hofwart) holen Sie einen, holen Sie einen!“ Armann geht aber schnell nach dem Schuppen, Maier hinterher. Weil bleibt sich überlassen, wartet aber noch, was Armann holen wird. Da sich aber keiner mehr sehen läßt, geht Weil wieder ohne Wissen des Grundes an seine Arbeit.

Nun kommt noch das Schöne. Der Vorarbeiter Großer, welcher ebenfalls in der Kolonne des Herrn Weber schon viele Jahre Vorarbeiter ist, hatte eines Tages voriger Woche von früh bis abend abgekehrt, und da doch jeder den abgekehrten Wesen dem Herrn Überausseher zeigen muß, ehe er denselben abschlägt, zeigte ihn auch Großer vor. Da sagt der Überausseher Maier: „Männchen, Ihnen werde id mir merken, Sie melden sich morgen in meine Kolonne, id werde sehen, wie stark Sie sind!“ (Das Deutsch stammt von Herrn Maier, T. M.) Da aber Armann anderen Tages nicht in der Kolonne war, sagte Maier zu seinem Vorarbeiter Zwickirich, (derselbe hat seine Schürze erst seit einigen Tagen): „Sie passen genau auf, wie Großer kehrt, kehren aber mit“.

Großer konnte sich das aber als langjähriger Vorarbeiter nicht gefallen lassen, sondern er wird sich an die höheren Instanzen wenden. Ob das etwa noch eine Maßregelung ist, weil er das richtige Melden der Invalidenmarken vor einigen Wochen mitbewirkt hat? Denn von dem Ablehnen des Wesens an einem Tage kann es nicht sein, da doch je nach der Beschaffenheit des Wesens und der Witterung viele Straßeneiniger sowie Spritzenmänner einen neuen Wesen auch an einem halben Tage häufig abkehren.

Wenn sich aber bis jetzt ein Arbeiter mit einer Beschwerde an Herrn Stadtrat wendet, so heißt es bloß: „Ich werde die Sache untersuchen“. Die Arbeiter sind indessen noch nie bei so einer Untersuchung gefragt worden. Eder Herr Stadtrat spricht: „Das glaub ich nicht, Herr Überausseher Maier steht mir näher wie Sie als Arbeiter“. — Aus all diesen Vorgängen müßte der Magistrat sowie auch die Stadtverordneten endlich sehen, wie nötig hier eine Arbeitsordnung und ein Arbeiterausfluß ist. Sollte aber nicht bald Abhilfe geschaffen werden gegen diese Maßregelungen und Schikanen des Herrn Überausseher Maier, so werden wir uns nicht scheuen, an die breiteste Öffentlichkeit heranzutreten.

Nun ein Wort an unsere Görlitzer Kollegen! Ihr wisst, daß 11. Gebot lautet: „Laß Euch nicht verführen!“ Und durch diese Schikanen nicht. Solche Knippsigkeiten bietet man euch nur deshalb, weil man glaubt, daß ihr euch das in ewiger Geduld alles gefallen laßt. Was habt ihr denn zu verlieren? Gar nichts! Darum ist es dumm, immer in das Rausloch zu kriechen, ihr solltet alle einmütig dem Verbands beitreten und für eure Rechte streiten, dann wird sich kein Herr Maier solche Hebergriffe erlauben, wie sie hier geschildert wurden und auch im Stadtparlament wird man eure Beschwerde mehr beachten.

Aus unierer Bewegung.

Berlin. Die Filiale Groß-Berlin hielt am 25. April ihre Generalversammlung ab. Kollege Litzner gab den Geschäftsbericht über das erste Vierteljahr 1906 und entrollte in großen Zügen ein anschauliches Bild von dem frisch pulsierenden organisatorischen Leben unserer Filiale. Verständig der Einschlüssen verweisen wir auf den in der üblichen Weise in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ erscheinenden speziellen Bericht. Hervorzuheben ist indessen, daß der Referent in klaren Darlegungen die wieder brennend gewordene Frage der Grenzstreitigkeiten behandelte. Das Fazit dieser Ausführungen war folgende Resolution, die einstimmige Annahme fand, nachdem u. a. auch die Kollegen Bürger und Blatt dieselbe dringend empfohlen hatten:

„Die Filiale Berlin des Gemeinde-Arbeiter Verbandes kann in den Verhältnissen der Zentral-Vorstände der Gewerkschaften, soweit die Grenzstreitigkeiten in Betracht kommen, eine betriebsführende Lösung nicht erblicken.“

Die Versammlung ist vielmehr von der Notwendigkeit einer einzigen starken Organisation für alle Gemeindegewerkschaften überzeugt

und erblüht im Verbands der Gemeindegewerkschaft die einzige für sie zuständige Organisation.

Zu Erwägung der Tatsache, daß dem einen gewaltig starken Arbeitgeber, als welchen die Gemeinde zu bezeichnen ist, auch eine einzige starke Organisation am besten gegenüber tritt, in Erwägung ferner, daß auf den letzten General Versammlungen der meisten Organisationen ein Zusammenschluß zu Industrie Verbänden als Entwicklungs-Tendenz befürwortet worden ist, bebauert die Versammlung die Stellungnahme der Zentral Vorstände und sieht in der aufgestellten Behauptung, der bezüglichen Resolution, daß eine Parallele mit Industrie Verbänden nicht gegeben sei, keine objektive Beurteilung in dieser Sache.

Die General Versammlung kennzeichnet diesen Beschluß vielmehr von einem Teil aus Unkenntnis der Verhältnisse, von anderen aus egoistischen Zersplitterungsbestrebungen heraus gefaßt und erwartet von der höchsten Zentralbehörde der deutschen Gewerkschaften eine objektive Würdigung aller in Frage kommenden Dinge und damit Aufhebung des gefaßten Beschlusses.

Die Versammlung sieht unter Wahrung ihres vorstehend gekennzeichneten Standpunktes noch wie vor auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und hält es für ausgeschlossen, daß einzelnen interessierten Organisationen zu liebe die Generalkommission sowie in Montagen die nächste deutsche Gewerkschafts-Kongress irgend welche Sonderbeschlüsse gegen den Gemeindegewerkschaftsverband vornehmen werden.

Die Mitglieder der Berliner Filiale ersuchen den Hauptvorstand, sei etwaigen Differenzen die Zweckmäßigkeit unseres Verbandes für alle Gemeindegewerkschaften in den Vordergrund zu stellen und in sachlicher Ruhe die Angriffe zurückzuweisen, wie sie von einzelnen schlecht oder falsch unterrichteten Gewerkschaftsführern erfolgt sind.

Der Massenbericht, der gedruckt vorlag und vom Mitglied Hermann in einigen Punkten kommentiert wurde, balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 23660,91 M. Der Bestand ist von 8400,17 M. am Anfang des Quartals auf 9665,97 M. am Ende desselben gestiegen. In den Hauptkassieren wurden 8235,23 M., an das Zweigbüro 395,40 M. abgeführt. Für den Zentral-Kampffonds der Gasarbeiter erhielt die Verbandskasse 2633,10 M. Zu dem Bestande des lokalen Gasarbeiter-Kampffonds von 2785,95 M. kamen 1284,05 M. hinzu, so daß dieser jetzt 4070,00 M. aufweist. Die Mitgliederzahl ist von 5455 auf 5614 gestiegen. — Auf Antrag des Kollegen Herwig wurde dem Kassierer einstimmig die Entlastung erteilt. — Es folgte hierauf die Bekanntgabe des Resultats der Delegiertenwahl für den Verbandstag in Mainz. Abgegeben wurden 1908 gültige und 15 ungültige Stimmenzettel, insgesamt also 1923. Gewählt wurden zu Delegierten mit 1559 bis 1908 Stimmen die Kollegen Brinl, Buch, Dittmer, Fiebig, Heinze, Hentschle, Maszupf, Mohs, Polenske, Remus, Schabel, Carl Schmidt, Paul Schulz, Fiden, Weislowahn, Wuyth, Zabel. Als Ergänzungsmänner gingen mit 1443 bis 1907 Stimmen aus der Wahl die Kollegen Eckenbed, Harri, Mahl, Radmund, Reves, Franz Müller, Postekart, Siebert, Strumf, Szalwidi und Unglaube hervor. Diese werden im Falle der Verhinderung eines Delegierten nach Maßgabe der Branche und der erhaltenen Stimmenzahl einberufen. — Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung: Anträge für den Verbandstag. Die hierzu vorliegende Resolution der Sektion III (Friedrichshagen), welche die Delegierten verpflichtet, nur einer Beitragserhöhung bis zu höchstens 35 % zuzustimmen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da in dieser Sache bereits in der Versammlung am 21. März Beschluß gefaßt ist. Es sind noch Anträge seitens des Kollegen Schabel in Gemeinschaft mit Kollegen der Sektion II eingegangen, darunter einer, der im neuen Statut festzulegen fordert, daß den Mitgliedern die Wahl gelassen wird, welcher Beitragssklasse sie angehören wollen. Ein anderer Antrag derselben Gruppe will die Aufsicht über die „Gewerkschaft“ einer Kommission von fünf Mitgliedern übertragen, die ihren Sitz am Entscheidungsort unseres Verbandsorgans haben soll. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte werden alle diese Anträge den Delegierten als Material überwiesen. — Auf Vorschlag der Sektion IV wird beschlossen, dem Verbandsvorstande den Ausschluß des Mitgliedes Schwedersky zu empfehlen. — Um 11 1/2 Uhr trat der Schluß der Versammlung ein.

Charlottenburg. Am 11. April tagte eine Versammlung der Charlottenburger Medierinfektionen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die Dienstalterszulagen. Während nämlich in den Betrieben selbst die Dienstalterszulagen ziemlich einwandfrei gegeben werden, wird in den Medieren weiter über ein Günstiges gesagt. Da kommt es denn vor, daß manche Kollegen mehr erhalten, als ihnen nach der Bestimmung zukommt. Wieder andere erhalten weniger. Allem Anschein nach ist dieser Mißstand darauf zurückzuführen, daß nicht alle Arbeiter nach ihrer Beschäftigung in den Lohnlisten geführt werden, die sie tatsächlich ausüben. Allerdings müßte nach der langen Zeit der Einführung der neuen Lohnregelung die Sache längst geregelt sein. Deshalb wollen auch die Arbeiter nicht glauben, daß die Ungleichheiten nur auf Versehen zurückzuführen seien. Man glaubt, daß hier die alte Willkürherrschaft von früher hinsichtlich aufrecht erhalten werden soll. Um aber einmal Wandel zu schaffen, soll der Arbeiter-Ausschuß vorstellig werden und wenn dies nicht hilft, event. bei der Deputation eine Sitzung beantragen.

Außerdem wurden eine Reihe Klagen vorgebracht, auch über das unsolidarische Verhalten mancher Kollegen. Nicht mit Unrecht führte man die Unverstände auf die Uneinigkeit der Kollegen selbst zurück. Anstatt sich dem Verbands anzuschließen, der allein nur ihre Interessen vertreten kann, schloß man sich Manuskripts usw. an. Ja, es gäbe ehemalige Verbandskollegen, die heute die größten Feinde gegen die Sache seien, während sie früher mit ebensoviel Eifer die Gründung einer Organisation befürwortet hätten. Durch diese torichten Handlungsweise schädigen die Kollegen sich und ihre Arbeitskameraden.

Miel. In unserer letzten Mitgliederversammlung konnten vierzehn Neuaufnahmen mitgeteilt werden. Zudem kam der Vorschlag des Hauptvorstandes, den Beitrag auf 40 Pf. zu erhöhen, zur Diskussion. Der Vorschlag fand allgemeine Mißbilligung. Es wurde nicht verkannt, daß der jetzige Beitrag zu niedrig ist, doch die Erhöhung um 100 Proz. ist nach Ansicht der Versammlung doch zu rapide, und würde diese, besonders für die kleineren Filialen, einen Rückschlag bedeuten. — Zu gleicher Zeit wurde auch unser Organ in seiner jetzigen Gestalt scharf unter die Lupe genommen. Die Kollegen sind der Ansicht, daß die bedeutende Mehrausgabe erhalt werden könnte, wenn das Organ wie früher alle 14 Tage erscheint. Zwei diesbezügliche Anträge wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Dann kamen die Grenzstreitigkeiten zur Debatte. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Filiale Miel sprechen ihre Mißbilligung über die gegen unseren Verband gerichteten verschiedenen Angriffe und Resolutionen aus und beschließen, daß die Kollegen fortfahren werden, sämtliche in städtischen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Handwerker im Gemeindegewerkschaftsverband zu organisieren, soweit dieselben noch nicht organisiert sind. Die endgültige Lösung dieser Frage ist dem Verbandstage zu überlassen.“

Nach Stellungnahme zu den Arbeiter-Auswahlgewahlen wurde mitgeteilt, daß auf den Gaswerken der 3. Schichtwechsel, die Schicht zu 12 Stunden, eingeführt werden soll. Bis jetzt besteht noch der 2. Schichtwechsel. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Magdeburg. In der Mitgliederversammlung am 21. April kam die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes zur eingehenden Beratung. Vorher hatte der Filialvorstand schon hierzu Stellung genommen. Die einzelnen Abänderungsanträge mögen hier übergegangen werden. Es wurde aber beschlossen, beim Verbandstage zu beantragen, daß für Magdeburg und nähere Umgebung ein Bezirksbüro errichtet werde mit einem Beamten, der unabhängig vom Magistrat sei.

Als Delegierter zum Verbandstag wird Kollege S. gewählt. Hierbei äußerte J. aus finanziellen Gründen den Wunsch, den nächsten Verbandstag wieder in Berlin abzuhalten. Dies wäre für den Verband billiger wie jede andere Stadt. Dem Delegierten ist aus Zweckmäßigkeitsgründen kein gebundenes Mandat erteilt worden.

Nach einer längeren Diskussion über die Situation im Wasserwerk und im Hafen und Erledigung einiger Interim fand die Versammlung ihren Schluß. Unser Stiftungsfest findet am 19. Mai im „Kontinental“ statt. Siehe Inserat unter Magdeburg.

Eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter aus allen Betrieben beschäftigte sich am Sonntag, den 29. April im „Freiwilligenbund“ mit den Vorkommnissen auf dem Wasserwerk und im Hafen. Kollege Bürger-Berlin hatte das Referat übernommen. Er sprach über Streikbruch und Arbeiterrechte. Der Sachverhalt ist folgender: Durch den Streik der im Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter wurden unsere Mitglieder auf dem Wasserwerk und im Hafen teilweise in Mitleidenschaft gezogen und zwar, indem ihnen die Verrichtung von Streikarbeit zugemutet wurde. Am markantesten liegt die Sache auf dem Wasserwerk Rudau. Der Fabrikverwalter hier ist kontraktlich verpflichtet, der Stadt die städtischen Geschirre beizugeben. Das Schönste an der Sache ist, daß der Transportarbeiterverband mit allen anderen Fabrikverwaltern ein tarifliches Abkommen treffen konnte, mit Fiering aber nicht, weil der so tatkräftigen Einfluss von der Stadt erhält. Es hatten sich nämlich mehrere Wasserwerker zu der Streikarbeit, zu der sie nicht verpflichtet waren, mißbrauchen lassen, natürlich aus elender Viehbedürfnis und nebenbei lockte sie die Aussicht auf die Silberlinge als Judaslohn. Diese Leute wissen nichts von Solidarität und sie haben auch keinen Funken Arbeiterrechte im Verstand und außerdem ließen sie die Furcht in das klappernde Gebirn gefahren. Zwei brave Kollegen wiesen indeßen die schimpflichen Zumutungen, Streikarbeit zu verrichten, mit gebührender Verachtung zurück. Sie ließen sich nicht zum Streikbruch erniedrigen. Dafür wurden sie von dem Ingenieur Fiering zur Disposition gestellt. Leider saßen sie dies als Entlassung auf und forderten ihre Papiere, die ihnen unter diesen Umständen schleunigst ausgehändigt wurden. Allem Anschein nach haben subalterne Organe der Stadt die Gelegenheit wahrzunehmen wollen, um einen Teil in die organisierte Arbeiterchaft zu treiben,

was mit der Bundesdemut, die geistlich unter den städtischen Arbeitern geübt worden ist, gelingen zu sein scheint. Leider befinden sich unter den Arbeitswilligen, so werden bekanntlich die „möglichen“ Elemente genannt, die wüßig Streikarbeit verrichten, auch mehrere unserer Verbandsmitglieder und zwar Malicky, Frieppel, Tallow, Stephan, Carl, Stegmann und Niedel. Sie wurden von der letzten Altkonferenz aus dem Verbandsausgange ausgeschlossen. In keinem Altkonferenzrat setzte Kollege Bürger in treffen den scharfen Worten den Anwesenden auseinander, was Arbeiterethik ist. Entschuldigend hätten einige höhere Organe der Stadt Verständnis für das Ehrgefühl der Arbeiter bewiesen, so daß wenigstens im Hafen, wo ebenfalls unseren Leuten Streikarbeit (auch infolge des Aufschreibestreiks) zugemutet wurde, aber alle Mann diesen Schimpf gebührend beantworteten, ernstere Differenzen vermieden worden sind.

Der Referent verwies im Verlauf seiner Ausführungen noch auf die sozialen Pflichten der Gemeinden, deren vornehmste u. a. auch sei, das Streben der organisierten Arbeiter nach Abschluß von Lohnstarifen zu unterstützen. Durch die Macht aller gewerkschaftlichen Organisationen würde es sicher noch gelingen, die Gemeinden überhaupt dahin zu bringen, daß sie ihre Aufträge nur solchen Unternehmern zuweise, die im guten Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation stehen. Aber im Magdeburger Stadtparlament weht zurzeit ein starker Schwarzaderwind. Von dort sei keine Gnade und kein Wohlwollen zu erwarten. Um so notwendiger sei das Erstarken unseres Verbandes. Die in Magdeburg noch grassierende Ariederei und Anechtlichkeit müsse endlich einmal abgestreift werden und unsere Kollegen sollten begreifen, daß in der Organisation ihre Macht liegt und sie nur von hier aus ihr Heil erwarten können.

Sehr interessant war es, was Kollege Risse, der mit Herrn Stadtrat Maier wegen der Sache in Potsdam verhandelt hatte, berichten konnte. Es sei noch nicht das letzte Mal, daß im öffentlichen Interesse städtische Arbeiter zu Arbeiten angehalten werden würden, die von anderen Arbeitern niedergelegt worden seien. Risse hatte darauf erwidert, daß die Stadt die Unternehmer, mit denen sie im Vertragsverhältnis steht, diese doch sehr leicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zwingen könnte und auch möchte.

Eine ganze Anzahl Redner traten diesen Ausführungen bei und verurteilten nachdrücklich die Machenschaften, die darauf hinauslaufen, den städtischen Arbeiter zum willenlosen Aufsteig zu degradieren und mandes kernige Wort ehrlichen Mutes und gewerkschaftlicher Solidarität wurde noch gesprochen und fand lebhaften Beifall.

Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige Versammlung verurteilt es auf das schärfste, daß Herr Ingenieur Wübrig vom Wasserwerk städtische Arbeiter zu privater Streikarbeit angehalten hat und sie zum Vertrat an ihren Klaffen genossen verführte. Die Versammlung erblickt in dieser Handlung sowie auch eine Verletzung des Koalitionsrechtes der städtischen Arbeiter. Sie wendet sich deshalb auf diesem Wege an die Öffentlichkeit, damit den Machtgeboten diverser Betriebsorgane von höherer Stelle aus Jügel angelegt werden. Die Versammelten erblicken in der Handlungsweise des Herrn Wübrig, durch die er sich einem Unternehmer gegenüber gefällig erwies, einen höchst bedauerlichen Mißgriff und sprechen die Erwartung aus, daß sich solche Dinge nicht wiederholen.“

Dann wurde die Frage aufgeworfen, wie sich die Magdeburger Kollegen zu einer allgemeinen Lohnforderung beziehungsweise zu einer Teuerungszulage im besonderen stellen. Der Holzwendertarif habe alles so enorm verteuert, daß bei den gegenwärtigen Löhnen bald ein ausgebrochener Notstand sich herausbilde, wenn nicht vorgebeugt werde. Es wurde momentan von einer Eingabe, das sei doch nur Papierfloskel, Abstand genommen; denn so, wie man den Magistrat und das von Schwarzmachern beherrschte Stadtverordnetenkollegium kenne, sei im Augenblick nichts zu erwarten. Tageden wurde beschlossen, unverzüglich eine große umfangreiche Aktion zu den nächsten Beratungen der Spezialrats, die im Herbst beginnen, einzuleiten.

Die Forderungen der einzelnen Kategorien sollen in Betriebsbeiratsungen stipuliert und nach dem Verbandstage von einer großen allgemeinen Versammlung definitiv beschlossen werden. Gleichzeitig soll eine intensive Werbearbeit auf der ganzen Linie einleiten, damit, wenn im kommenden Frühjahr der Gesamtrat verabschiedet werde, unsere Filiale mindestens tausend Mann stark ist und aus der ganzen Linie eventuell mobil gemacht werden könne. — Es wurde indessen bei dieser Gelegenheit betont, daß ein Erfolg nur dann winkt, wenn die hohendlose Schlammigkeit und Gleichgültigkeit der Magdeburger Kollegenchaft überwunden werde.

Kollege Risse war dann noch in der Lage nachzuweisen, daß der Magistrat die Jahresprämiën, die doch als eine Lohnhöhung angesehen werden sind, wenig geneigt sei, in der Praxis auch so zu behandeln. Wenn jemand vor Ablauf des Jahres aus städtischen Diensten ausscheide, werde eine Berechnung für die in Frage kommende Zeit nicht beliebt und der betreffende Arbeiter solle sich den Mund wischen. Der vorliegende Fall soll aber bis zur höchsten Instanz ausgefochten werden, damit wenigstens die Rechte der Arbeiter in der Lohnfrage geklärt und gesichert werden.

Pforzheim. Mitgliederversammlung am 21. April. Gierbach sprach über die Bedeutung der Gasarbeiterkonferenz. Es würde sehr nützlich sein, die heutigen Zustände dort vor aller Welt zu enthüllen. Als Vertreter der Pforzheimer Gasarbeiter auf der Konferenz wurde Gierbach gewählt. Nach der Aufstellung der Kandidatenliste für den Arbeiterausstaus kam es noch zu Zwischenfällen, die inzwischen hoffentlich beigelegt sein werden.

Stettin. Am 20. April hielten die Bauhilfsarbeiter ihre Sektionsversammlung ab. Kollege Volland sprach über den kommenden Verbandstag und beleuchtete die Grenzstreitigkeiten, die Erwerbslosenunterstützung, Vertragsverhöhung u. a. m. Redner sprach sich im Sinne der Statutenvorlage des Verbandsvorstandes aus. Nachdem entspann sich eine längere Debatte über die Mündigung des Kollegen Westphal.

Briefkasten.

Es müßten wieder viele Sachen zurückbleiben, im ganzen hatten wir diesmal 16 Spalten fertigen Heberlay. Um den unterzubringen, hätte es diesmal einer sechsheinigen Nummer bedurft. Hoffentlich schafft der Verbandstag in vier Wochen Platz.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Ernst Berndt, Berlin

† 13. April 1906 im Alter von 73 Jahren.

Richard Gärtner, Berlin

† 26. April 1906 im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen
Heinrich Lebendig II
nebst Frau
nachträglich die herzlichsten
Gedächtnisse zu ihrer am
19. April d. J. stattgefundenen
Hochzeit.

Die Sektion I, Berlin.

Unserem Kollegen
Johann Kleinlein
nebst seiner jungen Frau
nachträglich die herzlichsten
Gedächtnisse zu ihrem
Hochzeitsteste.

Am April 1906.
Die Kollegen im Gaswerk
Bamberg.

Filiale Bamberg

Unter Vereinslokal befindet sich
von jetzt ab:

**Vorderen Graben,
Restauration Zwoberth,
früher Hofmann**

V. Feiler, 1. Vorsitzender.

Es fehlen:

Sanitätswarte 1905, Nr. 9
" 1904, " 5

Wir bitten um jedes vorhandene
und etwa überschüssige Exemplar
sodort einzuliefern.

Der Verbandsvorstand.

Achtung!

Achtung!

Filiale Magdeburg.

Am 19. Mai 1906, abends 8 Uhr,
findet im

„Louisenpark“, Spielgartenstr. 1

unser **Stiftungs-fest** statt.

Konzert - Theater - Ball.

Eintritt 20 Pfg. Durch Mitglieder eingeführte
Gäste haben Zutritt. Das Festkomitee.